

Betreff:

Hochspannungsfreileitung Medenbach - Bierstadt (CDU, SPD und GRÜNE)

Antragstext:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNE:

Die Syna GmbH plant in Kooperation mit der sw Netz GmbH den Bau einer ca. sechs Kilometer langen Hochspannungstrasse, die durch die Gemarkungen Bierstadt, Igstadt, Kloppenheim, Medenbach und Breckenheim führen soll. Nachdem anfängliche Planungen eine vollständige Realisierung als Freileitung vorgesehen haben, soll nunmehr eine ca. drei Kilometer lange Strecke vom Umspannwerk Bierstadt bis zur Gemarkungsgrenze Kloppenheim/Igstadt als Erdkabel verlegt werden. Die verbleibenden ca. drei Kilometer bis zum Anschluss an die bestehende Freileitung auf Breckenheimer Gemarkung sollen als Freileitung geplant werden.

Der Ortsbeirat möge daher beschließen:

1.) Der Ortsbeirat stellt fest:

- Der Bedarf für einen Netzausbau wird anerkannt. Versorgungssicherheit und ein bedarfsorientierter Ausbau der Netzkapazitäten müssen die Leitlinien der Wiesbadener Energiepolitik bleiben. Insbesondere im Hinblick auf die Neuausrichtung der nationalen Versorgungssicherheit aufgrund der zu erwartenden Folgen des Ukraine-Krieges ist eine stabile Stromversorgung unabdingbar.
- Der Bau einer Hochspannungstrasse tangiert eine Vielzahl von schützenswerten Gütern wie beispielsweise landwirtschaftliche Nutzung, Naturschutz und Landschaftsbild. Es soll diejenige Lösung umgesetzt werden, welche die geringstmöglichen Eingriffe in diese schützenswerten Güter mit sich bringt. Fiskalische Gründe sollen nicht oberste Priorität haben.
- Nachdem Ende April 2021 die Planungen durch die Syna GmbH öffentlich wurden, hat sich der Ortsbeirat Breckenheim dem Thema unverzüglich angenommen und in den Ortsbeiratssitzungen am 25. Mai 2021 und 22. Juni 2021 öffentlich darüber beraten.
- In der öffentlichen Ortsbeiratssitzung am 25. Mai 2021 hat sich der Ortsbeirat durch Beschluss Nr. 0057 gegen den geplanten Bau einer Hochspannungsfreileitung von Breckenheim über Medenbach, Igstadt und Kloppenheim nach Bierstadt ausgesprochen und die Syna GmbH aufgefordert, den geplanten Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für die Trasse Medenbach-Bierstadt nicht zu stellen und wegen alternativer Trassenführungen in den Dialog mit den Beteiligten und Betroffenen zu treten.
- In der öffentlichen Ortsbeiratssitzung am 22. Juni 2021 erfolgte sodann die Konzeptvorstellung und Sachstandsbericht zum Neubau durch Vertreter der sw Netz GmbH und der Syna GmbH.
- Der Ortsbeirat ist zu allen wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk betreffen, zu hören. Er hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk angehen.

2.) Der Ortsbeirat nimmt zur Kenntnis:

- Im Rahmen der Planungen sollen auf Breckenheimer Gemarkung zwei Hochspannungsmasten entstehen (als Kreuzungsmasten an der bestehenden Trasse nach Marxheim auf einem Grundstück in Privateigentum und zwischen der Autobahn und der ICE-Trasse auf einem Grundstück im Eigentum der DB Netz AG).

Antrag Nr. 22-O-09-0015

CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

- Unter anderem durch das Engagement einer Bürgerinitiative ist es gelungen, im Bereich vom Umspannwerk Bierstadt bis zur Gemarkungsgrenze Igstadt/Kloppenheim eine Verlegung mittels Erdkabel in den Planungen zu etablieren. Eine weitere Bürgerinitiative strebt dies auch für den restlichen Trassenverlauf bis nach Breckenheim an.
 - Der Ortsbeirat Igstadt hat bisher keinen Beschluss gegen die Freileitung oder für eine Erdverkabelung gefasst.
 - Der Ortsbeirat Medenbach hat ebenfalls noch keinen Beschluss gegen die Freileitung und für Erdkabel gefasst. Eine Entscheidung ist im Zuge des Planfeststellungsverfahrens geplant.
- 3.) Der Ortsbeirat bittet den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, in der durch ihn abzugebenden Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens, die berechtigten Interessen der betroffenen Eigentümer zu würdigen und die Trassenverlegung mittels Freileitung oder Erdkabel im weiteren Streckenverlauf von Igstadt bis Breckenheim hinsichtlich deren jeweiliger Eingriffe in den Bereichen landwirtschaftliche Nutzung, Naturschutz und Landschaftsbild ergebnisoffen zu prüfen.

Wiesbaden, 27.04.2022